

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Bezugspreis beträgt für das Vierteljahr 1 1/2 Mark, monatlich 7 Pfennig. Die einzelne Nummer kostet 7 Pfennig. Nach auswärts Postzuschlag.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Bahnhof-Allee 5 und von allen Anzeigen-Expositionen angenommen. Die schlagzeilige Preitzelle kostet 10 Pfennig, die Restzeile 7 1/2 Pfennig.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehmitz, Stolpe



für ehem. Hofjagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend

Sprechstunde: Amt Birkenwerder Nr. 5

Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationstraft für den Amtsbezirk Birkenwerder. Anzeigenpreis für die neuangelegte Kleinzeile oder deren Raum 20 Pfennig, auswärts 25 Pfennig. Reklamazeile 100 Pfennig. Berechnung in Goldmark zum amtlichen Dollarkurs

Nr. 119.

Postfach-Konto: Berlin 62 448

Sonnabend, den 1. August 1925

Postfach-Konto Berlin 62448.

24. Jahrg.

Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

Sitzungseinladung.

Zur Beratung der hierunter angegebenen Tagesordnung werden die Mitglieder der Gemeindevorstellung hiermit zu einer Sitzung am Montag, den 3. August 1925, abends 8 Uhr, im großen Sitzungssaal des Rathhauses hiermit unter dem Hinweis eingeladen, daß die Abwesenheiten an die gefassten Beschlüsse gebunden sind.

Tagesordnung:

1. Lösungsbewilligungen.
2. Allgemeiner Stützungsplan.

Ausföhrung.

Die Gemeinde hat Alles von der Brücke in der Bergfelder Straße (gepflasterte Straße) abzufahren zur Straße am Bahnhof, Klageweg, Briefe-Allee und zum schwarzen Weg. Angebote der ortsanwiesigen Fuhrunternehmer über Abfuhr je ebn einschlägig Ansuchen sind bis zum 3. August, mittags 12 Uhr schriftlich bei mir abzugeben.

August-Miete.

Die Miete für den Monat August beträgt 78 Prozent bezw. 82 Prozent der Friedensmiete.

Birkenwerder, den 31. Juli 1925.

Der komm. Gemeindevorsteher. Blank.

Hohen Neuendorf.

Der Amtsvorsteher macht bekannt:

Schuttabgaben.

In letzter Zeit ist wiederholt wahrgenommen worden, daß Schulden und sonstiger Unrat auf freigelegte Grundstücke innerhalb der Ortslage, insbesondere auf Baustellen an der Margaretenstraße, auf die Annemariestrasse zwischen der Auguste Viktorias- und Margaretenstraße geworfen wird.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß dies strafbar ist und jede Verletzung unmissverständlich zu belegen gebracht werden wird. Bestattet ist das Abwachen von Müll pp. nur auf dem dazu bestimmten Grundstück „Am Rotplatz“!

Was gibt es Neues?

— Briand's Rückkehrung in der Sicherheitsfrage ist französischen Meldungen zufolge erst Mitte August zu erwarten.

— Vermittlungsversuche der englischen Regierung im Bergarbeiterstreit verlaufen bisher resultatlos.

— Laut polnischen Meldungen ist im Umkreisgebiet eine große antibolschewistische Bewegung im Gange.

— Der Karlsbader (Schweden) brannte eine Pulverfabrik nieder. Es wurden 160 000 Kilo Nitrozellulose samt den wertvollen Maschinen vernichtet.

— In der Gegend von Fez wurde ein Eisenbahnzug von einem Schrottko aus den Geleisen gehoben. Es sind 12 Todesopfer zu bezeichnen.

Preußen und der Finanzausgleich.

Einspruch im Reichsrat?

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat das Preussische Staatsministerium in seiner Sitzung vom 30. Juli in Sachen des Finanzausgleichs beschlossen, für den Fall, daß die Beteiligung der Länder und Gemeinden an der Einkommen- und Körperschaftsteuer nicht über 75 Prozent erhöht werden sollte, im Reichsrat Einspruch zu erheben.

Für diesen Beschluß war vor allem die Erwägung maßgebend, daß anderenfalls der Finanzausgleich den Ländern und Gemeinden nicht die auch bei äußerster Sparfamkeit unbedingt notwendigen Lebensmöglichkeiten lassen würde.

Neue Kompromißanträge der Regierungsparteien.

Im Reichstage ist jetzt der entscheidende Kompromißantrag der Regierungsparteien zum Finanzausgleich, bei dem bekanntlich über die Höhe der Steuererhöhungen eine Einigung nicht erzielt werden konnte, eingegangen. Danach erhält Paragraph 3a des Finanzausgleichsgesetzes folgende Fassung: „Um die Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) in den zu halten, ihre Aufgaben, insbesondere auf sozialem und kulturellem Gebiete, zu erfüllen, werden den Ländern und Gemeinden (Gemeindeverbänden), wenn sich ihre Anteile an der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer insgesamt in den Rechnungsjahren 1925 und 1926 je auf weniger als 2100 Millionen Reichsmark belaufen, die daran fehlenden Beträge aus Mitteln des Reichshaushalts, insbesondere aus dem Aufkommen der nicht verpfändeten Verbrauchsteuern, zur Verfügung gestellt werden.“

Beamtengehälter vor dem Ausschuß.

Am 1. August: 100 Prozent Wohnungsgeld.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde weiter über wichtige Beamtenfragen verhandelt. Ausge-

nommen wurde besonders eine Entschließung des Abg. Steinkopf (Soz.), wonach den Reichsbeamten vom 1. August ab 100 Prozent des gesetzlichen Wohnungsgeldes zu gewähren ist.

Angenommen wurde ferner unter Zustimmung der Regierung ein Antrag des Abg. Stücklen (Soz.) daß bis zur Höhe der etwaigen Erparungen bei den Titeln für nichtbeamtete Hilfskräfte die Mittel für beamtete Hilfskräfte desselben Haushaltskapitels oder Kapitalabschnitts überschritten werden können.

Bergarbeiter-Unruhen in Wales.

Vor dem Ausbruch des englischen Grubenstreiks.

Im Anthrazitbergbau in Südwales in England kreiten bereits 20 000 Bergarbeiter. Schon ist es zu ersten Konflikten zwischen Grubenbeamten und Arbeitern gekommen. Streikende fürchten ein Kohlenbergwerk. Polizeikräfte wurden aus der Umgegend zur Wiederherstellung der Ordnung herangezogen. Da die Anthrazitarbeiter die Mannschaften von den Pumpen der Gruben zurückgezogen hatten, drohen die Anthrazitgruben zu ersaufen.

Das ist

der Auftakt

des allgemeinen englischen Bergarbeiterkonfliktes. Baldwin in verhandelt den ganzen Tag mit Grubenbesitzern und Bergarbeitern, um den drohenden englischen Bergarbeiterstreik zu vermeiden. Trotz aller Bemühungen sind keinerlei Fortschritte erzielt worden, da beide Parteien auf ihrem Standpunkt beharren. Die optimistischen Meldungen über eine baldige Verständigung sind als verfrüht zu betrachten. Die von Baldwin in Aussicht gestellte Unterfertigung des Bergbaus durch staatliche Gelder stößt im englischen Kabinett auf starken Widerstand. Man glaubt allgemein, daß die Verhandlungen auf den toten Punkt angelangt sind.

Amerika der Sieger des Weltkrieges.

Die Ausschaltung der deutschen Konkurrenz.

Im amerikanischen „Yvon Age“ erscheint soeben ein Aufsatz, der schlagkräftig darlegt, wie von hervorragenden amerikanischen Industriellen die Wirtschaftslage Deutschlands und Europas beurteilt wird.

Die Grundgedanken dieses Artikels sind folgende: Man kann Deutschland nicht mehr als den Konkurrenten ansehen, wie das ehe dem der Fall war.

Zu keiner Zeit seit dem Waffenstillstand ist Deutschland in der Lage gewesen, seinen Ausfuhrmarkt wiederzugewinnen. Der Wert seiner Ausfuhr in den letzten fünf Jahren hat niemals die Hälfte derjenigen von 1913 überschritten. Während diese Tatsache zum Teil ihre Ursache darin hat, daß die Verbrauchsländer nicht so viel Ware gebrauchen wie früher, hat sie zum anderen Teil ihre Ursache in dem zunehmenden Export der amerikanischen Fabrikation. Die amerikanischen Staaten exportieren in viel größerem Umfang Maschinen, als zu irgendeiner Zeit vor dem Kriege. Man hat alle Ursache zu glauben, daß die deutschen Herstellungskosten über den Herstellungskosten der Weltfabrikation liegen, und daß die deutschen Maschinen, die jetzt zum Unterschied von Lagerware neu hergestellt werden, Angebote zum mindesten in gleich hoher Preisforderung haben, wie sie in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten zu erwarten sind. Deutschlands Ausfuhrhandel ist nicht mehr länger subventioniert durch die Staatunterstützung der Inflationzeit. Deutschland kann die Auslandsgehäfte auch nicht unterstützen. Die allgemeinen Geschäftsverhältnisse in Deutschland sind verfallen.

In Reparationslasten und Kriegskosten trägt Deutschland sehr schwer. Die amerikanischen Fabrikanten sind berechtigt, mit großer Zuversicht auf den Weltmarkt zu gehen, weil die deutsche Wettbewerbsfähigkeit gemindert ist. Die Vereinigten Staaten sind dazu bestimmt, die vorherrschende Stellung zur Versorgung Europas mit Rohmaterial zu bilden. Die tatsächliche Stellung der Vereinigten Staaten in ihrem Handel mit Europa ist härter als vor 18 Monaten, also vor dem Dawes-Gutachten. Man kann erwarten, daß der langsame Prozeß um die Wiederherstellung Europas eine große Nachfrage nach amerikanischen Rohmaterialien, Lebensmitteln und Spezialitäten zur Folge haben wird.

Die polnische Deutschenhaß.

Keine Wüldierung der polnischen Ausweisungsvorfällen.

Die Hoffnung, daß die polnische Regierung vielleicht noch im letzten Augenblick von der Ausweisung

der Öbstanten Abstand nehmen werde, hat sich nicht erfüllt. Der polnische Innenminister Raczewicz hat in Re u f a d t (Kommerellen) den dortigen Pressevertretern nochmals erklärt, daß die polnische Regierung von dem ihr durch die Wiener Konvention gewährten Recht auf Ausweisung der Öbstanten vollen Gebrauch machen werde.

Unter diesen Umständen ist die deutsche Regierung entschlossen, ihrerseits zur Ausweisung jener polnischen Öbstanten zu schreiten, die das deutsche Gebiet bis zum 1. August nicht verlassen haben werden. Die Verantwortung in dieser Angelegenheit fällt auf Polen.

Das Körperschaftssteuergesetz.

Fortsetzung der Beratungen im Reichstage.

— Berlin, 31. Juli 1925.

Mit Eintritt in die Tagesordnung wendet sich das Haus der zweiten Beratung des Körperschaftssteuergesetzes zu. Präsident H ö b e teilt mit, daß der Veltsteinrat eine weitere Zusammenfassung beschlossen habe. Beim Körperschaftssteuergesetz seien für die allgemeine Debatte drei Viertelstunden abgesetzt und für die Einzeldebatte drei Gruppen mit je 20 Minuten vorgesehen.

Abg. Meier-Baden (Soz.) erklärt sich mit dem Grundgedanken der Körperschaftssteuer einverstanden. Mit dem vorgeschlagenen Tarif könne sich jedoch die Sozialdemokratie nicht einverstanden erklären, da er für die Kapitalisten gegen früher eine Ermäßigung um 42 Prozent bedeute. Auch das große Heer der Konjunktur müsse bei der wirtschaftlichen Betrachtung der Steuererhebung berücksichtigt werden.

Nach Erklärungen von kommunistischer Seite schließt die allgemeine Aussprache. In der Einzeldebatte werden zunächst die Paragraphen 2 bis 19 behandelt, in denen die steuerpflichtigen Einkommen und Einkommensarten umgrenzt werden.

Von der Beratung ausgeschlossen werden die Bestimmungen, die sich mit der Belieferung der Versorgungsbetriebe befassen. Sie sollen erst gemeinsam mit dem Gesetzentwurf über die gegenseitigen Besteuerungsrechte behandelt werden.

Die Bestimmungen werden ausgesetzt. Beim Steuerentwurf beantragt Abg. H ö l t e i n (Komm.) Erhöhung der Steuerätze und öffentliche Auslegung der Körperschaftssteuerlisten.

Die Bestimmungen werden auch hier vorläufig ausgesetzt.

Deutsches Reich.

— Berlin, den 31. Juli 1925.

• Genehmigung der Agrarzölle im Ausschuß. Am Donnerstag fand im handelspolitischen Ausschuß des Reichstages die erste und zweite Lesung der Zollvorlage



DRINA
Nobel
Das sind Deine Partner

Schlafzimmer	540.— 600.— 650.— 700.— 750.— bis 2500 M.
Speisezimmer	500.— 600.— 650.— 700.— 725.— 800.— bis 3000.— M.
Herrenzimmer	525.— 600.— 650.— 700.— 800.— bis 3000.— M.

Auf Wunsch Zahlungserleichterung.

Berlin,
Elsässer Straße 37 (nahe Oranienburger Tor),
Brunnenstraße 33
Trimmer & Halpern.